Tim Müller

Sind die Sorgen berechtigt?

Fakten zur Integration von Geflüchteten

♦ Unser Autor, der Berliner Sozialwissenschaftler Tim Müller, macht den Faktencheck: In Auswertung zahlreicher Untersuchungen, die inzwischen über Migration und Flüchtlingsströme vorliegen, bietet der Artikel umfassende Informationen und differenzierte Einschätzungen zur Flüchtlingsfrage. Er zeigt, wie die Integration Geflüchteter gelingen kann, und verdeutlicht, wie wichtig eine faktenbasierte und vorurteilsfrei geführte Debatte über Flucht, Migration und Integration für den sozialen Zusammenhalt ist. (Redaktion)

Seit dem Sommer 2015, dem Beginn der sogenannten "Flüchtlingskrise", stehen die europäischen Gesellschaften vor großen Herausforderungen. Dabei stellt die Integration der Geflüchteten in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft eine der drängendsten politischen Aufgaben dar. Nach einer anfangs deutlich ausgeprägten "Willkommenskultur", die übrigens, wenn man die Zahlen zum ehrenamtlichen Engagement für Geflüchtete als Maßstab nimmt, auch weiterhin stark ausgeprägt ist,1 haben sich in weiten Teilen der Bevölkerung jedoch Skepsis, Besorgnis und vielerorts leider auch starke Ressentiments gegen Geflüchtete die Bahn gebrochen. Sind die Sorgen jener, die glauben, dass eine Integration der Geflüchteten nicht gelingen wird, jedoch tatsächlich berechtigt? Angesichts des Erstarkens rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien überall in Europa, die eine ernsthafte Gefahr für den Zusammenhalt unserer Gesellschaften darstellen, ist eine kritische Auseinandersetzung mit den Kritikern der Flüchtlingspolitik dringend angebracht. In dem vorliegenden Beitrag sollen die gängigsten Argumente, welche in Bezug auf die Integration der Geflüchteten vorgebracht werden, deswegen auf Basis vorliegender sozialwissenschaftlicher Untersuchungen kritisch diskutiert werden. Dabei sollen zum einen Fragen der strukturellen Integration, etwa wie hoch das Bildungsniveau der Geflüchteten ist oder wie gut die Chancen einer erfolgreichen Arbeitsmarktintegration sind, behandelt werden. Es soll aber auch der Themenkomplex der sozio-kulturel-

Serhat Karakayali/J. Olaf Kleist, EFA-Studie 2: Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit in Deutschland, 2. Forschungsbericht: Ergebnisse einer explorativen Umfrage vom November/Dezember 2015, Berlin 2016.; Ulrike Hamann/Serhat Karakayalı/ Mira Wallis/ Leif Jannis Höfler, Koordinationsmodelle und Herausforderungen ehrenamtlicher Flüchtlingshilfe in den Kommunen. Herausgegeben von der Bertelsmann-Stiftung. Online abrufbar: http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Koordinationsmodelle_und_Herausforderungen_ehrenamtlicher_Fluechtlingshilfe_in_den_Kommunen.pdf [Abruf: 17.11.2016].

len Integration angesprochen und diskutiert werden, was wir derzeit über die gesellschaftlichen Einstellungen der Geflüchteten wissen. Schließlich soll die Frage geklärt werden, welche Rolle Fragen der Anerkennung und der Staatsbürgerschaft bei der langfristigen Integration spielen.

1 Wie krisenhaft ist die "Flüchtlingskrise" tatsächlich?

Mit dem Begriff der "Flüchtlingskrise" wird oft darauf verwiesen, dass die derzeitige Zuwanderung Geflüchteter ein einmaliges, so noch nie dagewesenes und deswegen besonders schwer zu bewältigendes Phänomen sei. Dass es sich hierbei um eine besondere politische Herausforderung und Verantwortung handelt, möchte niemand ernsthaft bestreiten. Ob wir es jedoch mit einer ausgewachsenen "Krise" bisher ungekannten Ausmaßes zu tun haben, darf gerne kritisch hinterfragt werden. Zum einen ist auf den längeren zeitlichen Kontext zu verweisen: Laut Migrationsforscher Jochen Oltmer wurden in beiden deutschen Staaten nach dem 2. Weltkrieg etwa 12,5 Millionen Kriegsflüchtlinge und Vertriebene erfolgreich integriert (in Österreich betrug die Zahl etwa 500.000).2 Aber auch in jüngster Vergangenheit ist die Aufnahme und Integration von Kriegsflüchtlingen in Deutschland gelungen. In Folge des Zusammenbruchs der Sowjetunion und des Jugoslawienkrieges verzeichnete Deutschland in den Jahren 1991-1993 insgesamt etwa eine eine Million Asylanträge, mit einem Höhepunkt von ca. 438.000 Anträgen im Jahr 1992. Die jetzige Zahl an Asylerstanträgen aus den Jahren 2014 bis zum Oktober 2016 beträgt knapp 1,2 Millionen, dabei entfielen etwa 442.000 auf das Krisenjahr 2015.3 Das Ausmaß der Flüchtlingszuwanderung war also Anfang der 1990er-Jahre beinahe annähernd so groß wie in der derzeitigen "Flüchtlingskrise". Ein gravierender Unterschied zur jetzigen Situation besteht jedoch darin, dass Deutschland zum damaligen Zeitpunkt auch noch die Last der gerade vollzogenen Wiedervereinigung zu tragen hatte. In diesem Jahr (November 2016) vermeldet das Statistische Bundesamt aufgrund der boomenden Konjunktur 43,7 Millionen Erwerbstätige - der höchste Stand seit der Wiedervereinigung.4 Damit ist die wirtschaftliche Lage in Deutschland, und somit die Chance, eine gelingende Integration der Geflüchteten in den Arbeitsmarkt zu vollziehen, außergewöhnlich gut.

2 Arbeitsmarkt und Wohlfahrtsstaat

Eine erfolgreiche Integration der Geflüchteten in den Arbeitsmarkt wird von vielen Expertinnen und Experten zurecht als Grundvoraussetzung für eine gelingende Teilhabe an der Gesellschaft gesehen. Es wird jedoch häufiger die Sorge geäußert,

² Vgl. *Jochen Oltmer*, Migration vom 19. bis zum 21. Jahrhundert, Berlin ³2016, 50 ff.

³ Alle Zahlen: *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge*, Aktuelle Zahlen zu Asyl. Tabellen, Diagramme, Erläuterungen. Ausgabe Oktober 2016, 3. Online abrufbar: http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/aktuelle-zahlen-zu-asyl-oktober-2016.pdf?__blob=publicationFile [Abruf: 17.11.2016].

Statistisches Bundesami, 43,7 Millionen Erwerbstätige im 3. Quartal 2016. Pressemitteilung Nr. 407 vom 17.11.2016. Online abrufbar: https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2016/11/PD16_407_13321.html [Abruf: 17.11.2016].

dass das zu erwartende Ausbildungsniveau der Geflüchteten zu niedrig sein könnte, um diese schnell, bzw. nur zu hohen Kosten in Arbeit zu bringen. Der Ökonom Ludgar Wößmann ließ beispielsweise verlauten: "Wir müssen derzeit leider davon ausgehen, dass zwei Drittel der Flüchtlinge aus Syrien von ihrem Bildungssystem für eine Beteiligung an einer modernen Gesellschaft nicht ausreichend ausgebildet wurden."5 Dahinter steckt die Befürchtung, dass sowohl der vergleichsweise niedrigere ökonomische Entwicklungsstand in den Herkunftsländern als auch die Kriegsfolgen mit einem schwächeren Bildungsniveau einhergehen.6 Daran anschließend wird auch des Öfteren das Argument vertreten, dass die Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten nur unter Absenkung der sozialstaatlichen Standards möglich sei. Die Neue Zürcher Zeitung zitierte hierzu den Soziologen Ruud Koopmans: "Viele Zuwanderer sind anfangs hochmotiviert. Doch die Erfahrung zeigt, dass ein stark ausgebauter Wohlfahrtsstaat ihre Motivation in kürzester Zeit untergräbt. In den USA, wo die sozialen Fangnetze fehlen, passiert das nicht."7 Wie steht es also um die Bildung der Geflüchteten? Müssen wir Angst haben, dass diese in Zukunft hauptsächlich von Sozialleistungen abhängig sein werden? Werden

wir unsere Wohlfahrtsstaaten nach USamerikanischem Vorbild auf ein sehr viel niedrigeres Niveau senken müssen? Bedeutet die Zuwanderung der Geflüchteten eine erhöhte Konkurrenz für einheimische Beschäftigte?

2.1 Bildung

Neueste Daten einer gemeinsamen Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) belegen, dass es um die Bildung der Geflüchteten sehr viel besser bestellt ist, als bisher erwartet.8 In einer repräsentativen Befragung von 2349 Geflüchteten, welche von Juni bis Oktober 2016 durchgeführt wurde, zeigte sich, dass etwa 55% zehn und mehr Schuljahre in allgemeinbildenden Schulen verbracht haben und somit ein Bildungsniveau erreichen, das in Mitteleuropa als Mindeststandard gilt. Zu berücksichtigen ist dabei, dass viele Geflüchtete ihre Bildungsbiografien durch Krieg, Verfolgung und Flucht unterbrechen mussten.9 Zudem sind die Bildungsziele der Geflüchteten sehr hoch: 46 % streben einen allgemeinbildenden Abschluss, 66 % einen Berufsabschluss und insgesamt 23 % ei-

⁵ Ifo-Institut, ifo-Ökonom Wößmann fordert Erfassung des Bildungsniveaus der Flüchtlinge. Pressemitteilung des ifo-Instituts vom 04.12.2015. Online abrufbar: http://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/presse/Pressemitteilungen/Pressemitteilungen-Archiv/2015/Q4/pm-20151204_Bildung_Fluechtlinge.html [Abruf: 17.11.2016].

Die fünf wichtigsten Herkunftsländer der Geflüchteten in Deutschland sind: Syrien, Afghanistan, Irak, Iran und Eritrea; Stand Oktober 2016; Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Aktuelle Zahlen (s. Anm. 3).

NeueZürcherZeitung, Assimilationfunktioniert. Artikelinder Onlineausgabevom 15.04.2016. Online abrufbar: http://www.nzz.ch/feuilleton/gespraech-mit-dem-soziologen-ruud-koopmans-assimilation-funktioniert-ld.13975 [Abruf: 17.11.2016].

⁸ Herbert Brücker u. a., Flucht, Ankunft in Deutschland und erste Schritte der Integration. DIW Wochenbericht 46/2016. Online abrufbar: http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.546854.de/16-46-4.pdf [Abruf: 17.11.2016].

⁹ Ebd., 1109.

nen akademischen Abschluss in Deutschland an.10 Das Berufsbildungsniveau ist wegen des geringen Durchschnittsalters, unterbrochener Bildungsbiografien und aufgrund institutioneller Unterschiede in den Herkunftsländern geringer als das der deutschen Bevölkerung. In den meisten Herkunftsländern existiert beispielsweise kein duales Ausbildungssystem wie in Deutschland oder Österreich. Viele Berufe werden ohne formale Ausbildung, bzw. durch das Erlernen im Beruf ("Training on the job") ausgeübt. Daraus folgt, dass viele der Geflüchteten durchaus berufliche Fähigkeiten mitbringen, diese aber nicht in entsprechender Weise zertifiziert sind. Die Statistiken zeigen, dass 19 % der Geflüchteten eine Hochschule besucht und 13% einen Universitätsabschluss erworben haben (zum Vergleich: ca. 21% besitzen in Deutschland einen Hochschulabschluss). Aber nur etwa 12% haben an einer formalen beruflichen Ausbildung teilgenommen.¹¹ Wohlgleich waren aber ca. 73 % der Geflüchteten vor dem Zuzug nach Deutschland berufstätig, was auf weitere positive Chancen zur Arbeitsmarktintegration verweist.

2.2 Dauer bis zur Integration in den Arbeitsmarkt

Geflüchtete befinden sich im Gegensatz zur einheimischen Bevölkerung und im Vergleich zu anderen Migrantengruppen in einer deutlich benachteiligten Position. Zum einen haben sie, wie alle Migranten, mit den üblichen Hindernissen bei einem Übergang in den Arbeitsmarkt zu kämpfen: geringe Sprachkenntnisse, fehlende oder nicht anerkannte Berufsabschlüsse, schlechten Zugang zu relevanten Informationen über den Arbeitsmarkt und schwächer ausgeprägte Netzwerke und Kontakte, die bei der Arbeitssuche behilflich sein könnten. Bei Geflüchteten kommt zusätzlich erschwerend hinzu, dass sie aufgrund rechtlicher Unsicherheit über ihren Aufenthaltsstatus dem Arbeitsmarkt erst dann zur Verfügung stehen können, wenn sie ein Asylanerkennungsverfahren erfolgreich durchlaufen haben, bzw. wenn sie rechtlich als Flüchtling anerkannt worden sind.12 Dementsprechend lässt sich auf Basis der Erfahrungen mit der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten vergangener Jahre konstatieren, dass deren Arbeitsmarktintegration insgesamt langsamer verläuft als bei der Gruppe der Migranten insgesamt. Fünf Jahre nach der Ankunft haben etwa 60% der männlichen Geflüchteten eine Erwerbsarbeit aufgenommen, verglichen mit etwa 80 % anderer Migrantengruppen. Spätestens zehn Jahre nach der Ankunft kann man von einer nahezu vollständigen Arbeitsmarktintegration ausgehen.¹³ Auf Basis dieser Erfahrungen wurden im Zuge des kürzlich beschlossenen Integrationsgesetzes Erleichterungen des Arbeitsmarktzugangs für Geflüchtete beschlossen, wie etwa ein gesicherter Aufenthaltsstatus während der beruflichen Ausbildung und ein Aussetzen der Vorrangprüfung (qualifizierte einheimische Bewerber genossen bisher bei der Besetzung von Stellen Vor-

¹⁰ Ebd., 1110.

¹¹ Ebd., 1109.

Vgl. Zerrin Salikutluk/Johannes Giesecke/Martin Kroh, Geflüchtete nahmen in Deutschland später eine Erwerbstätigkeit auf als andere MigrantInnen, in: DIW Wochenbericht 35 (2016), 749–756, hier: 750. Online abrufbar: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.541793.de/16-35.pdf [Abruf: 17.11.2016]

¹³ Ebd., 751.

rang gegenüber Geflüchteten) abhängig von regionalen Arbeitsmarktbedingungen. ¹⁴ Erste Ergebnisse zeigen bereits, dass die staatlichen Integrationsangebote, Integrations- und Sprachkurse, zu einer besseren Eingliederung in den Arbeitsmarkt führen. ¹⁵ Im Jahr 2016 sind laut Schätzungen des DIW bereits 295.000 Geflüchtete in den Arbeitsmarkt eingetreten. ¹⁶

2.3 Arbeitsmarktkonkurrenz und wohlfahrtsstaatlicher Abbau?

Gerade von rechtspopulistischen Parteien wird häufiger das Argument vertreten, dass ein verstärkter Zuzug von Migranten zu einer verschärften Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt führt und Arbeitsplätze von Einheimischen an Zuwanderer verloren gehen.¹⁷ Auf Basis bestehender empirischer Forschung lässt sich dieses Argument jedoch nicht belegen. Der Vergleich einer großen Menge an Arbeitsmarktdaten weltweit durch Longhi et al.¹⁸ zeigt, dass Immigration weder zu niedrigeren Löhnen noch zu einer nennenswerten Erhöhung der Arbeitslosigkeit in Zielländern führt, wobei hier aber natürlich zeitliche

und regionale Unterschiede bestehen können. Eine gute Übersicht zur Forschung in Deutschland liefert das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung.19 Demnach sind Arbeitsmärkte in der Regel flexibel genug, um Negativeffekte auf Löhne oder Arbeitslosigkeit mittel- bis langfristig aufzufangen. Eine einfache Argumentation, die lediglich davon ausgeht, dass Arbeitsplätze ein begrenztes Gut sind, das zwischen Einheimischen und Migranten aufgeteilt wird, ist demnach nicht stichhaltig. Es muss hierbei beachtet werden, dass durch den Zuzug von neuen Arbeitskräften teilweise neue Arbeitsmarktsegmente entstehen, die vorher noch nicht nachgefragt worden waren (etwa im Dienstleistungsbereich). Ebenfalls führt der Zuzug von Geflüchteten zu Kapitalinvestitionen (etwa zum Bau neuer Wohnungen und Infrastruktur), die wiederum neue Arbeitsplätze entstehen lassen. Eine Übersicht der OECD zeigt, dass Zuwanderung insgesamt mit positiven Effekten für die Aufnahmegesellschaften einhergeht, selbst wenn Migranten zu einem größeren Teil in niedriger qualifizierten Berufen Beschäftigung finden.20 Die Gründe hierfür liegen u.a. in

Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Das neue Integrationsgesetz fördert und fordert, Berlin 2016. Online abrufbar unter: http://www.bmas.de/DE/Presse/Meldungen/2016/integrationsgesetz.html [Abruf: 17.11.2016].

Vgl. Herbert Brücker u. a., Flucht, Ankunft in Deutschland und erste Schritte der Integration (s. Anm. 8), 1112.

Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Lohn- und Beschäftigungseffekte der Zuwanderung nach Deutschland. DIW Roundup vom 15.01.2016. Online abrufbar: https://www.diw.de/de/diw_01.c.524298.de/presse/diw_roundup/lohn_und_beschaeftigungseffekte_der_zuwanderung_nach_deutschland.html [Abruf: 17.11.2016].

¹⁷ Vgl. ebd.

Simonetta Longhi / Peter Nijkamp / Jaques Poot, Meta-analyses of labour-market impacts of immigration: key conclusions and policy implications, in: Environment and Planning C: Government and Policy 28/5 (2010), 819–833.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Lohn- und Beschäftigungseffekte der Zuwanderung nach Deutschland (s. Anm. 16).

Organization for Economic Cooperation and Development (OECD), Is migration good for the economy? Migration Policy Debates, May 2014. Online abrufbar: https://www.oecd.org/migration/OECD%20Migration%20Policy%20Debates%20Numero%202.pdf [Abruf: 17.11.2016].

dem insgesamt niedrigeren Durchschnittsalter von Migranten, welches zu einer Verbesserung der demografischen Struktur führt: Eine Erhöhung der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter führt dazu, dass insgesamt der Anteil an ökonomisch aktiven Personen erhöht wird und somit beispielsweise mehr Nettoeinzahlungen in Rentenund Sozialkassen erfolgen. Die Daten belegen auch, dass die öffentlichen Kassen über einen längeren Zeitraum nicht überdurchschnittlich durch Immigration belastet werden, insofern Migranten die Möglichkeit gegeben wird, am Arbeitsmarkt aktiv zu werden.²¹

Sind aber für eine gelingende Arbeitsmarktintegration umfangreiche Umbauten am Sozialstaat notwendig? Zwar ist das Argument richtig, dass flexiblere Arbeitsmärkte, also solche, in denen arbeitsrechtliche Regelungen sowohl einfachere Einstellungen als auch Kündigungen erlauben, generell die Arbeitsmarktintegration erleichtern.²² Falsch ist jedoch die Feststellung, dass ein gut ausgebautes soziales Netz Anreize für Zuwanderer schafft, sich nicht am Arbeitsmarkt zu beteiligen.²³ Die Dauer der Arbeitslosigkeit erhöht sich durch das Vorhandensein arbeitsbezogener Sozialleistungen nicht, und es werden auch keine anderen Formen der ökonomischen Inaktivität aufgenommen.²⁴ Es ist mitnichten richtig, dass das US-amerikanische System, welches nahezu keine wohlfahrtsstaatliche Absicherung bietet, zu einer besseren Integration von Zuwanderern führt. Dieses konnte durch einen Vergleich der Situation mexikanischer Einwanderer in den USA und türkischer Einwanderer in Deutschland nachgewiesen werden.²⁵ Das deutsche System, mit seiner vergleichsweise sehr viel besseren sozialstaatlichen Absicherung, leistet demnach eine mindestens gleich gute Integration wie das US-amerikanische System.

3 Soziale und kulturelle Integration

Weitere Bedenken bestehen bei vielen Menschen bezüglich der sozialen und kulturellen Anpassung der Geflüchteten, da viele aus islamischen Ländern stammen. Sind diese Bedenken aber tatsächlich begründet? Die Migrationsforscherin Naika Foroutan zitiert aus kürzlich durchgeführten Meinungsumfragen, dass 78 % derjenigen, die angeben, dass es ihnen "Angst macht, dass viele Flüchtlinge zu uns kommen" auch zustimmen, dass "der Einfluss des Islam in Deutschland zu stark wird". Sie gibt aber zu bedenken, dass bisher in Deutschland etwa 4,2 Millionen Muslime leben, welche 5% der Bevölkerung ausmachen. Wenn die geschätzte Zahl von ca. 700.000 muslimischen Flüchtlingen dazugerechnet wird, erhöht sich der muslimi-

²¹ Ebd., 2.

²² Christel Kesler, Social Policy and Immigrant Joblessness in Britain, Germany and Sweden, in: Social Forces 85/2 (2006), 743–770.

Anna Diop-Christensen / Dimitris Pavlopoulos, Institutions and structures as barriers? A comparison of native-born and immigrant unemployment durations across 12 European countries, in: International Journal of Social Welfare, pre-print online access 2016.

²⁴ Ebd.

Hermann Kurthen/Barbara Schmitter Heisler, Immigrant integration: comparative evidence from the United States and Germany, in: Ethnic and Racial Studies 32/1 (2009), 139–170.

sche Bevölkerungsanteil auf gerade einmal 6%. ²⁶ Es ist also mehr als fraglich, ob es hierdurch zu drastischen gesellschaftlichen Veränderungen kommen wird. Bestehende Forschungsbefunde zeigen, dass muslimische Zuwanderer durchschnittlich sehr viel religiöser als die Gesamtbevölkerung sind, und dass die Religiosität im Vergleich zu christlichen Migranten in der Generationenfolge relativ stabil bleibt. ²⁷

3.1 Religiosität und Arbeitsmarktintegration

Befürchtungen, dass eine höhere Religiosität bei Muslimen sowie deutlich traditionellere Werteinstellungen auch zu einer geringeren Teilhabe am Arbeitsmarkt führen, müssen jedoch relativiert werden. So hatte der Soziologe Ruud Koopmans basierend auf Daten aus dem Jahr 2010 kürzlich festgestellt, dass die geringere Arbeitsmarktbeteiligung sowie höhere Arbeitslosigkeit muslimischer Migranten in nicht unerheblicher Weise mit deren geringer "soziokultureller Assimilation" zusammenhängt.28 Koopmans zählte hier nicht nur die Beherrschung der Sprache des Aufnahmelandes sowie soziale Kontakte mit der Mehrheitsbevölkerung hinzu (die positiven Effekte dieser Variablen sind in

der Forschung größtenteils unumstritten). Auch die Benutzung der Medien des Aufnahmelandes (etwa TV-Programme und das Lesen der Nachrichten) sowie die Einstellungen der Befragten zu traditionellen Geschlechterrollen fielen für ihn unter diesen Begriff. Koopmans Studie hat in der Öffentlichkeit zu einer großen Kontroverse geführt, bei der ihm vor allem methodische Mängel vorgeworfen wurden und seine Verwendung des Begriffes "Assimilation" kritisiert wurde.²⁹ Insbesondere ist kritisch anzumerken, dass negative Effekte der Arbeitsmarktbeteiligung durch konservative Geschlechtervorstellungen nur bei Frauen nachzuweisen waren, während die Effekte bei Männern nicht existierten. (Frauen, die der Meinung waren, dass Männer eher die Rolle des Hauptverdieners erfüllen sollten, waren auch in einem geringeren Umfang selbst erwerbstätig.) Außerdem wurde eine Stichprobe von Muslimen in Europa untersucht, die eine Verallgemeinerung der Ergebnisse nur schwer zulässt. Beispielsweise waren Muslime aus ökonomisch geringer entwickelten Herkunftsregionen überrepräsentiert, und die Verteilung der ethnischen Herkunftsgruppen spiegelte nicht deren tatsächliche Verteilung in den untersuchten Ländern wider. Ungeachtet dieser einzelnen Kritikpunkte konnten Unter-

Naika Foroutan, Wie lange bleibt man ein Fremder? Über das Dilemma der Annäherung. Kursbuch "Fremd sein!", Nr. 185, Hamburg 2016.

Konstanze Jacob / Frank Kalter, Intergenerational change in religious salience among immigrant families in four European countries, in: International Migration 51/3 (2013), 38–56; Sean de Hoon / Frank van Tubergen, The religiosity of children of immigrants and natives in England, Germany, and the Netherlands: the role of parents and peers in class, in: European Sociological Review 30/2 (2014), 194–206.

Ruud Koopmans, Does assimilation work? Sociocultural determinants of labour market participation of European Muslims, in: Journal of Ethnic and Migration Studies 42/2 (2016), 197–216.

Vgl. taz, die Tageszeitung (2016): Koopmans fühlt sich angegriffen. Artikel in der Onlineausgabe vom 10.11.2016. Online abrufbar: https://www.taz.de/Umstrittener-Berliner-Integrationsforscher/!5356729/ [Abruf: 17.11.2016].

suchungen, die auf neueren Daten basierten, die von Koopmans gefundenen Effekte nicht bestätigen. Koenig et al.30 untersuchten den Effekt der Häufigkeit des Moscheebesuchs bei Muslimen bzw. der Kirchgangshäufigkeit bei Christen auf die Arbeitsmarktbeteiligung von Migranten in Großbritannien, den Niederlanden und Deutschland. In ihrer Untersuchung fanden sie keinerlei Effekte der Religiosität auf die Arbeitsmarktbeteiligung bei Muslimen und lediglich geringe Hinweise bei katholischen Zuwanderern in Großbritannien. Die Autoren stellen fest (Übersetzung des Autors): "Zusammenfassend zeigen unsere Ergebnisse, dass die Teilnahme an Religion Neuankömmlinge weder daran hindert, Arbeit zu finden, noch dass sie sie in Nischenökonomien zwingt."31

3.2 Welche gesellschaftlichen Einstellungen haben die Geflüchteten?

Ungeachtet der oftmals umstrittenen Rolle der Religion in Fragen der Integration lassen sich jedoch auch tiefere Einblicke in die gesellschaftlichen Einstellungen der neu angekommenen Geflüchteten gewinnen. In der bereits oben zitierten Befragung der Geflüchteten in Deutschland³² wurden auch die Themenbereiche politische und gesellschaftliche Einstellungen abgedeckt. Demnach zeigt sich, dass die Geflüchteten sich in ihren zentralen Einstellungen nur sehr wenig von der Bevölkerung in Deutschland unterscheiden.³³ 96 % der Befragten unterstützen die Aussage, dass "man ein demokratisches System ha-

ben sollte". Diese Werte sind vergleichbar mit deutschen Befragten. Allerdings stimmen auch 21 % der Aussage zu "Man sollte einen starken Führer haben, der sich nicht um ein Parlament und um Wahlen kümmern muss" (Deutsche Befragte: 22%). Des Weiteren signalisiert die große Mehrheit Zustimmung zu freien Wahlen (96 %), gleichen Rechten für Frauen wie für Männer (92%), Bürgerrechten (93%) und der Unterstützung der Armen durch die Regierung (81%). Bemerkenswert ist auch, dass nur eine geringe Zustimmung zu der Aussage besteht "Religionsführer bestimmen letztlich die Auslegung der Gesetze" (13%). In allen abgefragten Bereichen sind die Geflüchteten in ihren Einstellungen der deutschen Bevölkerung näher als der Bevölkerung in ihren Herkunftsländern. Zusammenfassend lässt sich also feststellen, dass die Geflüchteten politische und gesellschaftliche Einstellungen mitbringen, die ihrem zukünftigen Leben in Deutschland sehr gut angepasst sind.

3.3 Identifikation mit der Aufnahmegesellschaft und Staatsbürgerschaft

Ein letzter Abschnitt soll der Frage gewidmet werden, welche Art des Staatsbürgerschaftsrechts die besten Integrationschancen bietet. In diesem Zusammenhang wird oft das Argument geäußert, dass von den Zugewanderten "Loyalität eingefordert werden sollte", dass "Loyalität nicht teilbar sei", dass man sich bezüglich seiner Staatsbürgerschaft letztlich nur zu einer Staatsangehörigkeit bekennen könne. Dem Ar-

Matthias Koenig/ Mieke Maliepaard / Ayse Güveli, Religion and new immigrants' labor market entry in Western Europe, in: Ethnicities 16/2 (2016), 213–235.

³¹ Ebd., 229.

³² Herbert Brücker u.a., Flucht, Ankunft in Deutschland und erste Schritte der Integration (s. Anm. 8).

Alle im Folgenden genannten Zahlen beziehen sich auf ebd., 1114, Tabelle 5.

gument, dass die Identifikation der Zugewanderten mit der Aufnahmegesellschaft sich dann erhöhen könnte, wenn gleichzeitig auch eine Anerkennung der Zugewanderten durch die Aufnahmegesellschaft erfolgt, wird dabei selten Aufmerksamkeit geschenkt. In dieser Hinsicht ist die empi-

Weiterführende Literatur:

Friedrich Heckmann, Integration von Migranten: Einwanderung und neue Nationenbildung, Wiesbaden 2015.

Dieses Buch bietet eine aktuelle, gut lesbare und umfangreiche Einführung in das Themenfeld Integration und Migration. Dabei werden alle relevanten Teilbereiche der Integration abgedeckt und auch konkrete integrationspolitische Maßnahmen diskutiert.

Annette Treibel, Migration in modernen Gesellschaften: Soziale Folgen von Einwanderung, Gastarbeit und Flucht, Weinheim 52011.

Treibels Buch ist ein Grundlagentext in diesem Themenfeld und liefert vor allem einen guten theoretischen Zugang zu den gängigsten Integrationstheorien.

Klaus J. Bade / Pieter C. Emmer / Leo Lucassen / Jochen Oltmer (Hg.), Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Paderborn ³2007.

Dieses Standardwerk zur Migrationsgeschichte in Europa behandelt das Themenfeld in ganzer Breite von der Neuzeit bis zur Gegenwart. Sehr detailliert, sehr empfehlenswert.

rische Befundlage jedoch recht eindeutig.

In einer kürzlich veröffentlichten Studie gingen die Soziologin Claudia Diehl und Kollegen der Frage nach, weswegen sich die Identifikationsprozesse der türkischen und polnischen Migranten in Deutschland im Zeitverlauf so drastisch unterscheiden.34 Während türkische Migranten unmittelbar nach dem Zuzug nach Deutschland eine höhere Identifikation mit Deutschland äußern als polnische Migranten, nimmt die Identifikation für diese im Zeitverlauf drastisch ab, während sie für die polnischen Migranten kontinuierlich zunimmt. Die Autoren erklären diesen Befund dadurch, dass türkische Migranten im Zeitverlauf mehr Diskriminierung erfahren und auf Dauer im Alltag mit einer Nichtanerkennung ihrer Werte konfrontiert sind. Bei den polnischen Zuwanderern nehmen Diskriminierungserfahrungen mit der Zeit jedoch ab. Aktuelle Daten zur wahrgenommenen Diskriminierung in Deutschland zeigen, dass Menschen mit türkischem Migrationshintergrund sowohl in der ersten als auch in der zweiten Generation sehr viel häufiger von wahrgenommener Benachteiligung aufgrund ihrer Herkunft berichten, als andere Migrantengruppen. So geben 18% der Türkeistämmigen in der ersten Generation und 21 % in der zweiten Generation an, häufig benachteiligt zu werden. In den anderen befragten Gruppen gaben lediglich zwischen 3% und 8% an, häufig Opfer von Diskriminierung zu sein.35

Es zeigt sich allerdings, dass der Staat ein wichtiges Instrument besitzt, um so-

³⁴ Claudia Diehl/Marion Fischer-Neumann/Peter Mühlau, Between ethnic options and ethnic boundaries – Recent Polish and Turkish migrants' identification with Germany, in: Ethnicities 16/2 (2016), 236–260.

Statistisches Bundesamt, Datenreport 2016. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2016, 243, Tabelle 6.

wohl die Identifikation der Zugewanderten mit der Aufnahmegesellschaft als auch deren ökonomische und sozio-kulturelle Integration zu fördern. Es handelt sich hierbei um den erleichterten Zugang zum Erwerb der Staatsbürgerschaft und dabei explizit auch die Ermöglichung einer doppelten Staatsbürgerschaft. Es gibt wohl nur wenige integrationspolitische Instrumente, deren Effekte annährend besser empirisch erforscht und belegt worden sind. Im Zuge der Reform des deutschen Staatsangehörigkeitsgesetzes im Jahr 2000 wurde in Deutschland geborenen Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit die Möglichkeit gegeben, sich einbürgern zu lassen, unter der Bedingung, dass mindestens ein Elternteil seit mindestens acht Jahren seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hatte und einen unbefristeten Aufenthaltstitel besitzt. Eine Vielzahl von Studien hat explizit die Effekte dieser Reform detailliert untersucht. Die Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen.

Erstens: Der Erwerb der Staatsbürgerschaft erhöht den erzielten Lohn. Eine Studie von Steinhardt³⁶ belegt dieses Ergebnis durch die Betrachtung von Längschnittdaten. Dabei konnten statistisch sogenannte "Selbstselektionseffekte" herausgerechnet werden. Es kann also ausgeschlossen werden, dass sich lediglich diejenigen Personen auf die Einbürgerung bewerben, die von vornherein bessere Arbeitsmarktchan-

cen mitbringen. Auch Gathmann und Keller³⁷ können nachweisen, dass Personen, die sich einbürgern lassen, später bessere Arbeitsmarktchancen haben und mehr verdienen. Dabei zeigen die Autoren auch, dass insbesondere Frauen, ärmere Migrantengruppen und neu zugezogene Migranten hiervon überdurchschnittlich profitieren.

Zweitens: Die Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes im Jahr 2000 führte zu einer höheren Schulbeteiligung von Zuwandererkindern.³⁸ Dabei erhöhte sich sowohl die Teilnahme an der frühkindlichen Bildung als auch die Teilnahme an der Sekundarstufe.

Drittens: Hainmüller und Kollegen³⁹ finden, dass der Erwerb der Staatsbürgerschaft die politische Integration der Eingebürgerten nachhaltig verbessert. Es erhöhen sich hierdurch die politische Beteiligung, das politische Wissen und die Wahrnehmung, durch politische Beteiligung Einfluss nehmen zu können. Dabei machten sich die Autoren ein natürliches Experiment in den unterschiedlichen Kantonen der Schweiz zunutze. Auch hier kann wiederum ausgeschlossen werden, dass die Effekte lediglich dadurch zustande kommen, dass diejenigen Personen, die sich für eine Einbürgerung entscheiden, von vornherein politisch interessierter sind. Demnach sind alle beobachteten Effekte ursächlich dem Erwerb der Staatsbürgerschaft zuzurechnen.

Max-Friedrich Steinhardt, Does citizenship matter? The economic impact of naturalizations in Germany, in: Labour Economics 19 (2012), 813–823.

³⁷ Christina Gathmann/Nicolas Keller, Returns to Citizenship? Evidence from Germany's Recent Immigration Reforms (CESifo Working Paper No. 4738), München 2014.

Christina Felfe / Judith Saurer, Granting Birthright Citizenship – A Door Opener for Immigrant Children's Educational Participation and Success? (CESifo Working Paper No. 4959), München 2014.

Jens Hainmueller / Dominik Hangartner / Giuseppe Pietrantuono, Naturalization fosters the long-term political integration of immigrants, in: Proceedings of the National Academy of Sciences 112/41 (2015), 12651–12656.

Viertens: Schlenker⁴⁰ kann anhand von Daten aus der Schweiz nachweisen, dass die doppelte Staatsbürgerschaft nicht die Loyalität senkt, sondern ganz im Gegenteil, es erhöht die Loyalität mit der Aufnahmegesellschaft. Die Resultate zeigen, dass Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft sich auch stärker im Rahmen ihrer Bürgerpflichten engagieren als solche Personen, die lediglich eine einfache Staatsbürgerschaft besitzen. Schlenker findet zudem keinen Trade-off zwischen den Loyalitäten der Herkunfts- und Aufnahmegesellschaft. Diese verstärken sich eher gegenseitig. Dementsprechend verlieren Staaten, die eine doppelte Staatsbürgerschaft erlauben, hierdurch auch nichts.

4 Zusammenfassung und Fazit

Der vorliegende Artikel sollte Material liefern, um eine faktenbasierte Auseinandersetzung mit Kritikern der derzeitigen Flüchtlingspolitik zu ermöglichen. Angesichts der Datenlage, welche die empirische Integrationsforschung in den letzten Jahren zu Tage gebracht hat, scheint jeglicher Alarmismus in der derzeitigen Situation verfehlt. Es ist sicherlich wahr, dass die Integration der Geflüchteten eine große politische und gesellschaftliche Herausforderung darstellt. Es ist jedoch bei weitem keine krisenhafte Situation, die historisch ihresgleichen sucht. Moderne Einwanderungsgesellschaften haben jahrelange Erfahrung in der Integration von Zuwanderern gesammelt, der Kenntnisstand zur Förderung der Arbeitsmarktintegration ist hoch. In der derzeitigen wirtschaftlich positiven Situation stehen die Chancen auf eine gelingende Integration sehr gut. Zudem belegen die Daten, dass die Geflüchteten einen adäquaten Bildungsstand mitbringen, hohe Bildungs- und Arbeitsaspirationen haben und politische und gesellschaftliche Einstellungen vertreten, die sich von der deutschen Bevölkerung kaum unterscheiden. Die Bringschuld gelingender Integration kann jedoch nicht ausschließlich auf Seiten der Geflüchteten verortet werden. Das dauerhafte Gefühl, gesellschaftlich nicht akzeptiert zu werden und systematischer Diskriminierung ausgesetzt zu sein, führt bei vielen Migranten zu sinkender Identifikation mit der Aufnahmegesellschaft. Neben einer aktiven zivilgesellschaftlichen Arbeit, welche sich zum Beispiel in großem ehrenamtlichen Engagement in der Flüchtlingsarbeit äußert, gibt es ein breites integrationspolitisches Instrumentarium, um die Integration auch langfristig zu fördern. Eines dieser Instrumente stellt ein liberales Staatsbürgerschaftsrecht dar, welches in der Vergangenheit zu erfolgreichen Integrationsleistungen und einer erhöhten gesellschaftlichen Teilhabe geführt hat. Eine ernsthafte Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt geht jedoch von rechtspopulistischen Strömungen aus, die sich zunehmend rationalen Argumenten entziehen. Angesichts dieser Situation stellt sich weniger die Frage, ob wir es schaffen, die Geflüchteten zu integrieren, sondern vielmehr, ob wir es schaffen, diejenigen zu integrieren, die sich derzeit einer rationalen, faktenbasierten Dehatte entziehen wollen

Der Autor: Tim Müller ist Soziologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Berliner

Andrea Schlenker, Divided loyalty? Identification and political participation of dual citizens in Switzerland, in: European Political Science Review 1 (2015), 1–30.

Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) der Humboldt Universität Berlin. Nach dem Studium an der Universität Mannheim promovierte er 2013 an der Universität Oxford über Mechanismen der Säkularisierung. Als Mitarbeiter an der HU Berlin führte er Studien zu den Themen "Hybride Identitäten" und Vorurteilen gegenüber Muslimen in Deutschland durch. An der Universität Linköping und dem Institute for Futures Studies (Stockholm) war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter an Arbeiten zur Wohnsegregation von Zuwanderern in Schweden beteiligt. Seine derzeitigen Schwerpunkte liegen in den Bereichen

Bildungsungleichheit und Arbeitsmarktintegration von Migranten. Publikationen: On Secularisation: Structural, Institutional and Cultural Determinants Shaping Individual Secularization. Doctoral Dissertation. University of Oxford 2012; Which societies provide a strong religious socialization context? Explanations beyond the effects of national religiosity, in: Journal for the Scientific Study of Religion 53/4 (2014), 739–759; Rightwing populism and social distance towards Muslims in Sweden – Results from a nationwide vignette study. Working Paper, Institute for Analytical Sociology, Linköping University (2015).

Theologie und Moderne

OTTO WEISS

Aufklärung – Modernismus – Postmoderne

Das Ringen der Theologie um eine zeitgemäße Glaubensverantwortung

Aus verschiedenen Perspektiven zeigt Otto Weiß, wie in den vergangenen zweihundert Jahren um die Verantwortung des Glaubens vor der Vernunft im Kontext der Moderne gerungen wurde. Er ruft eine Fülle von Namen – u. a. Philipp Funk, Alfred Loisy, Friedrich Heinrich Jacobi – und Schicksalen in Erinnerung, die diesen Diskurs prägten.

184 S., kart., ISBN 978-3-7917-2876-6 € (D) 24,95 / € (A) 25,70 / auch als eBook

Verlag Friedrich Pustet





www.verlag-pustet.de